

# ***Klar. Grün. Konstruktiv: Auf dem Weg in eine starke Opposition***



1. Ordentlicher Länderrat 2025,  
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 06.04.2025  
Tagesordnungspunkt: P Politische Lage nach der Bundestagswahl 2025

## **Antragstext**

### **1. Ein starker Wahlkampf**

Wir haben einen starken Wahlkampf geführt: Mit extrem motivierten Mitgliedern – Zehntausende davon neu hinzugekommen –, mit überwältigender Resonanz auf unsere Veranstaltungen und mit Spendenrekorden. Wir haben ihn in der Defensive begonnen und daraus in Rekordzeit eine mutige, selbstbewusste Haltung erarbeitet. Und trotzdem ist das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar nicht das, wofür wir gekämpft haben. Statt einer Regierung mit starken Grünen wird Deutschland aller Voraussicht nach erneut von einer Stillstandskoalition aus CDU, CSU und SPD regiert. Der designierte Bundeskanzler hat bereits vor seiner Wahl eine schwindelerregende Zahl an Wortbrüchen und Kehrtwenden vollzogen – statt Orientierung in unsicheren Zeiten zu geben. Schwarzrot droht, eine Koalition zu werden, die die großen strukturellen Probleme in Deutschland und Europa wegen Uneinigkeit nicht angeht und stattdessen ihren altbekannten Klientelen nichts zumuten will. Sie deutet sich als eine Koalition an, die keine Antwort auf die existenziellen Herausforderungen der Klimakrise und des Artensterbens hat – und zugleich nicht in der Lage ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

Wir sind 2021 als Teil der Bundesregierung angetreten, unser Land für die Anforderungen der Zukunft zu wappnen, klimaneutralen Wohlstand zu ermöglichen und für mehr soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung aller Geschlechter und Bürger\*innenrechte zu sorgen. Viel ist uns dabei gelungen – und das in einer Zeit großer Krisen: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine massive Energiekrise ausgelöst und einen zentralen Pfeiler des bisherigen deutschen Geschäftsmodells ins Wanken gebracht. Trotz der Blockadehaltung beim Haushalt und der engen Spielräume durch die Schuldenbremse ist es uns gelungen, das Land sicher durch diese Krise zu führen. Wir haben Orientierung gegeben, die Energieversorgung stabilisiert, die Erneuerbaren massiv vorangebracht, Deutschlands Abhängigkeit reduziert und uns in einer geopolitisch unsicheren Zeit klar an die Seite der Ukraine gestellt – für unser Land und für Europa. In Europa haben wir mit dem Green Deal das größte ökologische Gesetzespaket durchgesetzt, das es bisher gab. Wir haben Milliarden in den Natürlichen Klimaschutz investiert und das erste Klimaanpassungsgesetz in Deutschland verabschiedet. Den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl haben wir mit einer transparenten staatlichen Tierhaltungskennzeichnung begonnen. Wir haben Investitionen in den Schienenverkehr und die Sanierung der

36 gesamten Verkehrsinfrastruktur endlich zur Priorität und mit dem  
37 Deutschlandticket den ÖPNV für Millionen Menschen einfach und bezahlbar gemacht.  
38 Über das Kita-Qualitätsgesetz investieren wir bis 2026 zehn Milliarden Euro in  
39 bessere und verlässlichere Kinderbetreuung. Wir haben mit dem Gewalthilfegesetz  
40 endlich einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung von gewaltbetroffenen  
41 Frauen und Mädchen und eine Bundesfinanzierung von 2,6 Mrd. Euro durchgesetzt  
42 sowie mit dem Selbstbestimmungsgesetz einen historischen Schritt für die Rechte  
43 trans- und nicht-binärer Menschen gemacht. Mit dem Kulturpass haben wir  
44 Jugendlichen einen neuen Zugang zur Kultur ermöglicht und die Kulturwirtschaft  
45 gestärkt. Wir verlassen diese Regierung in dem Bewusstsein, Deutschland in  
46 vielen entscheidenden Bereichen in einem besseren Zustand zu hinterlassen, als  
47 es vorher war.

48 Auch um diese und weitere Erfolge zu erreichen, waren Kompromisse notwendig.  
49 Einige dieser Kompromisse gingen an unsere Schmerzgrenzen oder auch darüber  
50 hinaus, haben dabei in Teilen unserer Wählerschaft für Irritation oder  
51 Enttäuschung gesorgt. Sie waren das Ergebnis der Koalition mit einer meist  
52 destruktiven FDP, die mehr blockieren als regieren wollte, und der mangelnden  
53 Führung von Olaf Scholz, der nicht in der Lage war, einen fairen und geordneten  
54 Interessenausgleich der drei Partner zu gewährleisten. Gekoppelt mit eigenen  
55 Fehlern hat diese Konstellation auch dazu geführt, dass die Ampelregierung nicht  
56 die nötige Sicherheit und Kompetenz vermitteln konnten, die es in Zeiten der  
57 Verunsicherung auf ganz verschiedenen Ebenen gebraucht hätte – vor allem für die  
58 Bewältigung der materiellen Sorgen der Menschen, der Sorge vor Ausgrenzung von  
59 Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, aber auch für die  
60 Planungssicherheit von Unternehmen. Besonders junge Menschen hatten nicht mehr  
61 das Gefühl, dass wir an ihrer Seite für eine lebenswerte Zukunft kämpfen.

62 Dadurch haben wir in verschiedene Richtungen Vertrauen verloren. So hat unser  
63 Bündnis mit der kritischen Zivilgesellschaft einige Risse bekommen. Wir müssen  
64 aufarbeiten, wieso dies gerade im Bereich der Klima- und Umweltpolitik geschehen  
65 ist, wo wir auch große Erfolge erzielen konnten. Gegenstand der Aufarbeitung  
66 muss unser Umgang mit Kompromissen sein: Vor dem Kompromiss steht das klare  
67 Eintreten für unsere gemeinsam erarbeiteten Positionen. Es muss unser Ziel sein,  
68 unsere Erfolge besser darzustellen, offen zu sagen, welche Abstriche wir in der  
69 Aushandlung in den gegebenen Mehrheitsverhältnissen machen mussten, und parallel  
70 aufzuzeigen, wo wir eigentlich hinwollen. Dazu gehört auch ein besseres  
71 kommunikatives Zusammenspiel von Regierung, Partei, Fraktion und  
72 Landesregierungen, die jeweils eigene Akzente setzen können. Auf dieser  
73 Grundlage sollten wir auch offen mit unseren Partnern sprechen, um den  
74 Kompromiss in der Regierung als Werkzeug für Veränderung besser zu legitimieren  
75 und gleichzeitig Kritik auch zu hören und nicht das Ziel aus den Augen zu  
76 verlieren. Allerdings hätten wir an einigen Stellen die Unterstützung unserer  
77 Partner\*innen gebraucht, wenn die konkrete Klimapolitik in der Kritik stand. Wir  
78 kämpfen auch mit ihnen weiter für eine ambitionierte  
79 Gasunabhängigkeitsstrategie, gegen den drohenden Rollback unserer ambitionierten  
80 Klimapolitik und für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels. Das verbinden wir

81 bewusst mit wertorientierten Umwelt- und Naturschutz, der die Bewahrung unserer  
82 natürlichen Lebensgrundlagen als eigenes Ziel definiert.

83 Zugleich haben wir gesehen, dass besonders unsere klimapolitischen Vorhaben  
84 viele verunsichert haben. Denn sie gingen davon aus, sie würden über Gebühr in  
85 ihr Alltagsleben oder Wirtschaften eingreifen. Angesichts der wirtschaftlichen  
86 und geopolitischen Umbrüche konnten die Kampagnen, die gegen unsere Politik  
87 betrieben wurden, besonders gut verfangen. Die wirtschaftlich schwierige  
88 Situation wurde uns angelastet. Wir stellen aber auch fest, dass es uns nicht  
89 gelungen ist, diesen Ängsten angemessen zu begegnen, dass wir nicht immer  
90 rechtzeitig für die soziale und wirtschaftliche Absicherung sorgen konnten und  
91 die Umsetzung zu sehr ins Kleinklein ging.

92 Unsere Politik speist sich aus der Einsicht, dass gewandelte Umstände – seien es  
93 klimapolitische Notwendigkeiten, geopolitische Umwälzungen, gesellschaftliche  
94 Umbrüche – politische Veränderungen erfordern, damit es gerecht, demokratisch  
95 und nachhaltig zugehen kann. Gleichzeitig befinden wir uns in einer  
96 Stimmungslage, die einerseits konkreten Veränderungen skeptisch gegenübersteht  
97 und andererseits klar einfordert, dass sich grundlegend etwas ändert. Die  
98 Menschen erwarten von der Politik Antworten auf diese Herausforderungen, die  
99 alltagstauglich sind und Zuversicht geben. Viele haben in ihrem Alltag genügend  
100 Herausforderungen und wollen daher nicht noch vielen weiteren Problemen der  
101 Zukunft ausgeliefert sein. Sie wollen zu Recht, dass ihr Leben besser und  
102 gerechter wird. Sie wollen auch, dass das Land funktioniert, weniger  
103 schwerfällig und kompliziert ist. Das ist der letzten Bundesregierung, das ist  
104 auch uns trotz unserer großen Erfolge nicht im ausreichenden Maß gelungen. Trotz  
105 hartem Kampf konnten wir einige der hohen Erwartungen an feministische Reformen,  
106 wie die des Abstammungsrechts für lesbische Paare und ihre rechtliche  
107 Elternschaft sowie des Paragraphen 218, nicht erfüllen.  
108 Hier, wo wir in der Regierungskoalition eine Schwäche hatten, müssen wir jetzt  
109 unsere Stärke wiederfinden: nämlich aufzuzeigen, wie Lösungen den Alltag besser  
110 machen, und wo nötig und möglich auch dazu beitragen, unsere globalen Probleme  
111 zu lösen. Dass dies Hand in Hand gehen kann, haben wir zum Beispiel bei der  
112 dezentralen Energiewende gesehen, die dort besonders gut funktioniert, wo  
113 Kommunen oder Privathaushalte über eigene Anlagen zu selbstbestimmten Akteuren  
114 werden und von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren.

115 Im Wahlkampf konnten wir im Ansatz zeigen, was wir aus unserer  
116 Regierungserfahrung und auch unseren eigenen Fehlern gelernt haben und wie wir  
117 den begonnenen Weg im Dienste unseres Landes hätten fortführen können. Der  
118 direkte Kontakt im Wahlkampf – zum Beispiel bei den Küchentischgesprächen – hat  
119 dazu beigetragen. Trotzdem haben wir entscheidende Debatten nicht für uns  
120 gewinnen können – etwa zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder zur Asyl-  
121 und Migrationspolitik, bei der wir eine kommunikative und strategische  
122 Unklarheit an den Tag gelegt haben und nicht deutlich genug mit einer  
123 eigenständigen Position und klaren Haltung erkennbar waren. Einerseits ist es  
124 nicht gelungen, mit unseren Werten als Menschenrechtspartei von einer Politik  
125 der Humanität zu überzeugen. Andererseits konnten wir nicht mit überzeugenden

126 Antworten auf Probleme und Herausforderungen vor Ort durchdringen. Dadurch haben  
127 wir Vertrauen verloren. Wir wollen glaubwürdig als Menschenrechtspartei  
128 erkennbar sein, die Chancen von Migration ausreichend sichtbar machen und  
129 Ansprechpartnerin für die Menschen vor Ort sein, um von uns zu überzeugen.

130 Wir wollen auch daraus lernen, warum wir uns in der Polarisierung der letzten  
131 Wahlkampfwochen, die durch den Wort- und Tabubruch der Union in ihrer  
132 gemeinsamen Abstimmung mit der AfD ausgelöst wurde, nicht genug behaupten  
133 konnten. Wir haben nicht ausreichend ausgestrahlt, dass Regieren kein  
134 Selbstzweck ist – und dass eine Regierungsbeteiligung mit der CDU an klare  
135 Bedingungen geknüpft war. Durch den Wortbruch der gemeinsamen Abstimmung mit der  
136 AfD durch die Union unter Friedrich Merz und mangelnden Mehrheiten für andere  
137 Bündnisse fehlte am Ende eine glaubwürdige machtpolitische Perspektive für eine  
138 Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gilt für uns: Wir beteiligen uns an einer  
139 Regierung dann, wenn wir sozial-ökologisch, feministisch und bei den Menschen-  
140 und Bürgerrechten echten Fortschritt erreichen und diese Regierung die  
141 Europäische Einigung und den Schutz der Freiheit in Europa als Kernprojekt  
142 deutscher Politik verfolgt.

143 Die erfolgreichen Ansätze und der Schwung aus der Wahlkampagne sind eine gute  
144 Grundlage, um die Lücken aufzuarbeiten und zu schließen. Diesen Weg wollen wir  
145 jetzt gehen. Das ist um so nötiger, als wir uns einem weltweiten Rechtsschwenk  
146 gegenüber sehen, der eine ideologische Verbrüderung von Putins Russland und den  
147 USA unter Trump mit sich bringt. Die Verletzung internationalen Rechts,  
148 Brutalität und Grausamkeit sowie Menschenverachtung werden zu normalen  
149 Politikmitteln gegebenüber allem, was schwächer scheint. Sie wollen Schwarze,  
150 Frauen, behinderte Menschen oder Trans- und Homosexuelle marginalisieren und in  
151 ihren Rechten beschneiden. Wissenschaft wird zum Feind. Dieses Gegenprogramm zur  
152 Demokratie fasst nach und nach auch in Europa Fuß und wird normalisiert. Dieser  
153 Konflikt zwischen einer erstarkten Rechten und der liberalen, werteorientierten  
154 Demokratie wird auch in Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ausgetragen. Die  
155 Prinzipien und Ideen der Aufklärung müssen weiter die Leitlinie der Politik in  
156 Europa bleiben.

## 157 **2. Klare, gestaltende und empathische Opposition**

158 Wir stehen jetzt am Anfang einer Oppositionszeit unter radikal veränderten  
159 Vorzeichen. Durch das Erstarken von Rechtsextremen und Autoritären geraten die  
160 regelbasierte Weltordnung und der freie Handel, die bis heute der Anspruch des  
161 politischen und wirtschaftlichen Handelns Deutschlands sind, immer mehr unter  
162 Druck. Die Klimakrise und die Plünderung unseres Planeten werden immer  
163 deutlicher spürbar und greifen existenziell in das Leben von Milliarden Menschen  
164 ein. Die Wirtschaft steht durch diese Umbrüche und mangelnde  
165 Produktivitätssteigerungen im letzten Jahrzehnt vor riesigen Herausforderungen  
166 und Anpassungen, was sich auch in Arbeitsplatzverlusten und Umstrukturierungen  
167 niederschlägt. Und schließlich setzt der demografische Wandel unsere  
168 Sozialsysteme unter Druck, was auch zu höheren Beiträgen führt. Verkrustete  
169 Strukturen und eine Zementierung sozialer Ungleichheit geben ihr Übriges für  
170 einen potenziell explosiven Mix. Wir stellen uns entschieden gegen den

171 populistischen Kurs jener, die Armut stigmatisieren, Menschen gegeneinander  
172 ausspielen und den Sozialstaat aushöhlen wollen.

173 Die politische Auseinandersetzung, die wir in der Opposition suchen werden,  
174 findet in einer gewandelten und sich immer weiter wandelnden Öffentlichkeit  
175 statt, die von zunehmender Fragmentierung und der Dominanz von Tech-Oligarchen  
176 gekennzeichnet ist und in der groß angelegte Desinformationskampagnen aus dem  
177 eigenen Land wie von außen stetig mehr Wirkung entfalten können. Das stellt neue  
178 Anforderungen an unsere Arbeit als politische Partei. Wir müssen auf  
179 verschiedene Weise in die Gesellschaft und die politische Öffentlichkeit wirken  
180 – über die traditionellen Medien, soziale Netzwerke, vor allem aber auch den  
181 beständigen direkten Austausch auch jenseits von Wahlkampfzeiten und auch mit  
182 jenen, die uns nicht sofort zustimmen. Diese Herausforderung ist besonders groß  
183 in den ostdeutschen Bundesländern, wo sich in der Gesamtlage ein immenser  
184 Vertrauensverlust in die demokratische Parteienlandschaft zeigt. Die starke  
185 Zustimmung für Parteien, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Feindbild erklären, sorgt  
186 in den strukturell schwachen Regionen und insbesondere im Osten Deutschlands für  
187 einen nochmals stärkeren politischen Gegenwind.

188 Wir stellen zugleich fest, dass in der politischen Debatte immer weniger die  
189 sachliche Auseinandersetzung über Inhalte, sondern Vorurteile,  
190 Falschbehauptungen und Zuschreibungen eingesetzt werden. Schon vor dem  
191 Regierungseintritt hat ein großer Teil der politischen Mitbewerber\*innen  
192 erfolgreich darauf gesetzt, uns auf diese Weise zu diskreditieren und damit die  
193 Anschlussfähigkeit unserer Inhalte in weite Teile der Gesellschaft zu  
194 unterlaufen. Das war auch dank der digitalen Verbreitungswege erfolgreich, deren  
195 Algorithmen Hass und Hetze begünstigen. Wir werden uns damit auseinandersetzen,  
196 warum einige dieser Kampagnen besonders gut verfangen konnten. Dazu gehört  
197 besonders eine Betrachtung der politischen Debatten, die wir in der  
198 Regierungszeit verloren haben – und den Gründen dafür.

199

200 In diesen Debatten werden oft auch die Rechte unterschiedlicher Gruppen  
201 gegeneinander ausgespielt. Wir stellen uns klar gegen die Instrumentalisierung  
202 von Frauenrechten. Rassismus schadet dem Zusammenhalt in diesem Land, er  
203 schwächt die Sicherheit. Auch der Klimaschutz lässt sich nicht gegen soziale  
204 Gerechtigkeit ausspielen – im Gegenteil: Klimaschutz ist kein Wohlfühlthema für  
205 einkommensstarke Milieus, sondern eine zentrale Frage der sozialen  
206 Gerechtigkeit.

207 In den Verhandlungen zum Sondervermögen über 500 Milliarden Euro für  
208 Infrastrukturinvestitionen und der Grundgesetzänderung für mehr Sicherheit haben  
209 wir gezeigt, welche Haltung wir in den kommenden Jahren einnehmen wollen: eine  
210 klare, gestaltende und empathische Opposition. Wir wollen führende Kraft der  
211 linken Mitte werden, die die Achtung der Menschenrechte, den Schutz der Natur,  
212 die Wahrung und Erneuerung unserer Freiheit, soziale Gerechtigkeit,  
213 Gleichstellung und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft – in einem geeinten  
214 Europa – auf die Agenda des Parlaments und der Gesellschaft setzt. Für unsere  
215 Politik schmieden wir breite Bündnisse. Wir zielen darauf ab, mit der

216 Zivilgesellschaft und mit allen Parteien mit denen progressive Politik auf Basis  
217 unserer Grundwerte möglich ist, Mehrheiten, unter anderem in der linken Mitte,  
218 zu organisieren. Mit erneuerten programmatischen Grundlagen wollen wir als  
219 starke Mitgliederpartei weiter in die Gesellschaft ausgreifen, zuhören,  
220 diskutieren und daraus die Kraft für Veränderung und Gestaltung schöpfen. Wir  
221 wollen dabei auch in der Opposition Vorschläge machen, die die zukünftigen  
222 Herausforderungen in den Blick nehmen, vorausdenken und neue Antworten  
223 entwickeln. Wir wollen als Opposition Vorschläge unterbreiten, die konkret  
224 umsetzbar sind und gleichzeitig Teil der Lösung für unsere großen strukturellen  
225 Herausforderungen sind, damit sie reale und greifbare Verbesserungen im  
226 Alltagsleben aller Menschen bewirken können. Und wir wollen unsere  
227 Oppositionsarbeit im Bundestag mit unserer täglichen Arbeit für das Land in  
228 Rathäusern, Dezernaten oder Landesministerien verknüpfen und ebenso mit unserem  
229 Einfluss im Bundesrat und dem Europäischen Parlament – eine wirkmächtige Partei  
230 auf allen Ebenen. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger  
231 will mitgestalten für ein nachhaltiges, demokratisches und gerechtes Deutschland  
232 und Europa, wenn wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen! Für diese Mehrheit  
233 sind wir Bündnispartei mit der vielfältigen Zivilgesellschaft.

### 234 **3. Mit inhaltlicher Stärke als Antriebskraft**

235 Unsere inhaltliche Stärke ist unsere Antriebskraft. Während in der neuen  
236 Bundesregierung eine Koalition des Aneinanderreihens von Wahlversprechen statt  
237 des klaren Angehens echter Herausforderung für unsere Gesellschaft droht, wollen  
238 wir unser Programm auf der Höhe der Zeit weiterentwickeln. Unser Ziel ist und  
239 bleibt es, dieses Land ökologischer und gerechter zu machen.

240 Darum wollen wir an unserem Profil arbeiten, gemeinsam diskutieren und uns für  
241 die Zukunft aufstellen. Wir wollen die Erfahrungen aus der Regierungszeit und  
242 aus dem Bundestags- und Europawahlkampf analysieren und davon lernen.

243 Wir wollen dabei nicht in erster Linie von den politischen Instrumenten her  
244 denken, sondern von den Anforderungen, die die Menschen in den verschiedensten  
245 Lebenslagen an die Politik stellen. Wenn wir als Partei in einer fragmentierten  
246 politischen Landschaft das nötige Gewicht zur aktiven Gestaltung erreichen  
247 wollen, brauchen wir einerseits eine klare Haltung und gesellschaftliche  
248 Verankerung, zugleich aber die Fähigkeit, darüber hinaus Menschen anzusprechen,  
249 die wir bisher noch nicht von uns überzeugen konnten: Nur wer einen festen Stand  
250 hat, kann auch effektiv ausgreifen. Wir wollen mit einer klaren Haltung  
251 progressive Bündnisse schmieden und ermöglichen. Deshalb gehört es zu unserer  
252 Aufgabe, uns zu fragen, wie wir die Menschen, die uns einmal gewählt haben –  
253 unabhängig davon, wohin sie abgewandert sind – wieder zu uns holen. Dafür  
254 braucht es ein Programm, das auf vielfältige Bedürfnisse antwortet, und zugleich  
255 eine Ansprache, die ganz verschiedene Menschen adressiert.

256 Das erzeugt auch Widersprüche: Eine Partei für viele hat auch viele Facetten,  
257 Stile und Ansichten. Es war und ist unsere Stärke als Grüne, diese verschiedenen  
258 Ansätze auszudiskutieren und dann gemeinsame Entscheidungen zu treffen. So  
259 getroffene Beschlüsse sind für die Verantwortungsträger\*innen der Partei  
260 handlungsleitend. Alle Grünen haben die Verpflichtung diese Beschlüsse

261 anzuerkennen. Das geht einher mit unserem Selbstverständnis, unsere Programme  
262 und Positionen angesichts einer sich ändernden Realität weiterzuentwickeln, ohne  
263 dabei das Fundament des Grundsatzprogramms zu verlassen.

264 Wir wollen noch besser darin werden, Unterschiede in unserer Partei auf der  
265 Basis unserer gemeinsamen Werte auch auszuhalten. Die Grundlage dabei ist stets:  
266 Innerparteilichen Wettstreit führen wir nicht als Gegner\*innen, sondern um die  
267 besten Ideen. Wir diskutieren nicht nur abstrakt über eine Orientierung, sondern  
268 auch konkret über Lösungen und Haltungen. Damit nehmen wir auch eine  
269 gesellschaftliche Rolle ein, die wir immer wieder in entscheidenden politischen  
270 Momenten unseres Landes einnehmen konnten: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollen der Ort  
271 sein, an dem gesellschaftliche Debatten offen ausgetragen werden können, um den  
272 gesellschaftlichen Diskurs zu prägen und dann Eingang in den politischen Prozess  
273 zu finden. Diesen Ort hat unsere Gesellschaft nötig. Dieser Ort wollen wir in  
274 der Opposition wieder vermehrt sein und uns der Diskursverschiebung nach rechts  
275 entgegenstellen.

276 Wir haben im Wahlkampf erfahren, dass es uns nicht auf allen Themenfeldern  
277 gelungen ist, bei unseren innerparteilichen Klärungen mit den schnellen  
278 Veränderungen der politischen Lage Schritt zu halten. Bei vielen Themen haben  
279 wir einen großen Konsens innerhalb unserer Partei, bei anderen haben wir  
280 auseinanderlaufende Positionen, die wir bisweilen mit Formelkompromissen  
281 verbunden haben. Hier stehen Debatten und Entscheidungen an, die wir in den  
282 kommenden Monaten konstruktiv und demokratisch führen wollen. Dazu gehört es für  
283 uns, zukunftsweisende Konzepte auszubuchstabieren:

284 **1. Wir geben unserem Leitbild einer "sozial-ökologischen Marktwirtschaft" ein**

285 **Update:** Deutschlands europäisches Wohlstandsmodell braucht eine nachhaltige  
286 Erneuerung. Das Zusammenspiel offener, fairer Märkte mit funktionierendem  
287 Wettbewerb und möglichst stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen in einer  
288 von geopolitischen Motiven getriebenen Politik anderer Wirtschaftsräume  
289 erfordert neue Antworten. Wie kann eine resiliente, nachhaltige Gesellschaft  
290 entstehen unter dem Druck der Gewinnmaximierung der Kapitalmärkte? Bei unseren  
291 Instrumenten klären wir, wie ein intelligenter Mix aus Preissignalen,  
292 Ordnungsrecht, Anreizen und Industriepolitik aussieht, der wo nötig wirksam  
293 reguliert und gleichzeitig unnötige Bürokratie zurückdrängt. Aktive  
294 Wettbewerbspolitik kann zu einem Markenzeichen grüner Politik werden, um  
295 europäische Innovation und Resilienz zu ermöglichen sowie wirtschaftliche  
296 Machtkonzentration und übermächtigen Lobbyismus wie bei den digitalen Big Tech-  
297 Konzernen entgegenzutreten. Unsere Wirtschaftspolitik soll einen Beitrag dazu  
298 leisten, dass das Leben bezahlbar bleibt. Beim Steuersystem muss die ungleiche  
299 Vermögensverteilung so gerechter werden, dass gleichzeitig starke  
300 Investitionsanreize für Unternehmen im Inland gesetzt werden. Wir werden  
301 ausbuchstabieren, wie gute, tariflich gesicherte Arbeit statt prekärer  
302 Beschäftigung für alle Arbeitnehmer\*innen Realität werden kann, neue  
303 Flexibilitätsbedarfe realisiert und Fragen von Weiter- und Ausbildung adressiert  
304 werden können.

305 **2. Wir arbeiten an sozialer Sicherung und Daseinsvorsorge, die für alle**  
306 **funktioniert.** Wesentliche Bestandteile davon sind eine neue Basis für unsere  
307 sozialen Sicherungssysteme, die dem demografischen Wandel standhalten, die  
308 wirklich vermögens- und einkommensgerecht finanziert sind und allen die  
309 Sicherheit geben, im Alter und im Notfall gut versorgt zu sein; ein gerechtes  
310 Bildungssystem, das für alle funktioniert und die Möglichkeit für individuelle  
311 Entfaltung und sozialen Aufstieg bietet; eine Gesundheitsversorgung, die  
312 einfachen und verlässlichen Zugang zu ärztlicher Versorgung und würdiger Pflege  
313 bietet und solidarisch finanziert ist. Ein starker Sozialstaat traut den  
314 Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und Unterstützung, baut auf ihr Engagement,  
315 eröffnet neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit die Möglichkeit,  
316 wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen; ein Bürgergeld, das Erwerbslosen  
317 und Menschen mit zu geringem Einkommen ein sozio-kulturelles Existenzminimum  
318 immer garantiert und mit individueller Unterstützung, Respekt und Wertschätzung  
319 neue Chancen und Perspektiven eröffnet und auf Empowerment und – sofern möglich  
320 – Mitwirkung setzt statt auf Maßnahmen, die Leistungsbeziehende unter  
321 Generalverdacht stellen und ihre Würde verletzen; damit sich die Menschen in  
322 unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als gerecht empfinden, muss er  
323 einfacher, unbürokratischer und transparenter werden. Die Leistungen sollen so  
324 pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein. Wer mehr arbeitet, hat  
325 am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert beantragen, was  
326 einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt werden kann –  
327 diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess.

328 **3. Wir gestalten Demokratie und Teilhabe für alle Menschen in einer vielfältigen**  
329 **Einwanderungsgesellschaft.** Wir stehen dabei für eine fakten- und  
330 forschungsbasierte Asyl- und Migrationspolitik, die Integration ermöglicht, das  
331 individuelle Grundrecht auf Asyl verteidigt, konkrete Verbesserungen vor Ort  
332 schafft und Herausforderungen angeht, die Migration auch mit sich bringt. Dazu  
333 gehört es auch, Rassismus und der wachsenden Ausgrenzung von Menschen  
334 entgegenzutreten. Wir sorgen für Geschlechtergerechtigkeit, denn der Stand der  
335 Frauenrechte zeigt stets, wie es um die Menschenrechte in einer Gesellschaft  
336 bestellt ist. Deshalb setzen wir uns entschlossen für die volle politische,  
337 wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter ein. Mit  
338 Sorge beobachten wir zunehmende rechte Narrative. Diese greifen dabei oft auf  
339 offene oder versteckte Frauenfeindlichkeit zurück und versuchen, bereits  
340 Erreichtes zurückzunehmen. Diesem Trend stellen wir uns entschieden entgegen. Um  
341 unsere Demokratie zu stärken und die ganze Gesellschaft abzubilden, wollen wir  
342 Parität in der Politik durchsetzen und Führungspositionen in allen Bereichen  
343 vielfältiger besetzen. Gleichstellungsinstitutionen, die zunehmend von  
344 konservativen und rechten Kräften angegriffen werden, müssen geschützt und  
345 weiter ausgebaut werden. Echte Selbstbestimmung bedeutet auch, den Paragraph 218  
346 abzuschaffen, reproduktive Rechte zu stärken und den Gewaltschutz auszubauen.  
347 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Gleichberechtigung nicht nur ein  
348 Versprechen, sondern Realität ist.

349 **4. Wir formulieren eine Außenpolitik in den veränderten geopolitischen**  
350 **Realitäten** – mit einer sicherheitspolitischen Antwort, aber auch einer neuen

351 wirtschaftlichen Resilienz. Wir verteidigen die Menschenrechte nach innen und  
352 außen und setzen auf die feministische Außen- und Entwicklungspolitik. Wir  
353 beschreiben weiter konkret, was es angesichts des russischen Angriffskrieges  
354 bedeutet, Friedenspartei zu sein. Wir diskutieren die innenpolitischen  
355 Herausforderungen außenpolitischer Konflikte: Wie festigen wir vor dem  
356 Hintergrund der unterschiedlichen deutschen Geschichten mit Blick auf die  
357 Sowjetunion unsere Solidarität zur Ukraine? Wie diskutieren wir über schwierige  
358 und polarisierende Themen, besonders den israelisch-palästinensischen Konflikt  
359 mit dem andauernden Krieg in Gaza und seine komplexen Auswirkungen auf die  
360 politische Debatte in Deutschland? Wir buchstabieren auch die  
361 Zukunftsvorstellung unseres Grundsatzprogramm einer "Föderalen Europäischen  
362 Republik" und ihre Einbindung in eine internationale politische Ordnung aus.

363 Unser Grundsatzprogramm bietet die Wertegrundlage für diese Diskussionen.

364 Mit solchen glaubwürdigen und positiven Gegenentwürfen begegnen wir auch der  
365 Rechtsverschiebung der politischen Landschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können und  
366 sollen Orientierungsort für Kräfte sein, die sich dem Rechtsruck entgegenstellen  
367 wollen. Dazu gehört eine Analyse des Erstarkens der AfD, rechtsradikaler Kräfte  
368 und ihrer Partner, bei uns in Deutschland und weltweit: Welchen Anteil haben wir  
369 daran, und welchen Anteil und welche Rolle können wir daran haben, sie zu  
370 schwächen?

371

372 Mit unseren Kernthemen wie Natur- und Umweltschutz, guten, gleichwertigen  
373 Lebensverhältnissen, den wirtschaftlichen Chancen der Energiewende, bezahlbaren  
374 Alternativen zum eigenen Auto und nachhaltiger regionaler Wirtschaft machen wir  
375 dem ländlichen Raum ein Angebot, die eigene Kraft und den eigenen Einfluss zu  
376 stärken. Die ländlichen Räume und ihre Bevölkerung brauchen Perspektiven statt  
377 Populismus. Damit sorgen wir für ein gutes Leben und drängen antidemokratische  
378 Kräfte zurück.

379

380 Wir gehen all diese Herausforderungen europäisch an. Wir tun das, indem wir die  
381 europäische Einigung im Angesicht von Populismus und Wiedererstarken des  
382 Nationalismus so voranbringen, dass sie die Europäer\*innen wieder begeistert und  
383 deutlich macht, dass wir zusammen stärker sind.

384 Unsere Rolle als zentrale demokratische Oppositionspartei gibt uns in diesem  
385 Prozess die Chance, unsere grünen Werte selbstbewusst nach vorne zu stellen und  
386 gleichzeitig neue programmatische Impulse zu entwickeln. Wir fangen nicht bei  
387 Null an: Nachdem wir in unserer Regierungsbeteiligung viele Weichenstellungen  
388 für die klimaneutrale und gerechte Erneuerung unseres Landes und seines  
389 Wohlstands haben vornehmen können, werden zur kommenden Bundestagswahl in vielen  
390 Bereichen neue Konzepte vonnöten sein. Sie müssen nach den nötigen Kompromissen  
391 in der Regierungszeit unser eigenes grünes Profil wieder entwickeln und deutlich  
392 sichtbar machen. Die Konsequenzen aus der Plünderung unseres Planeten und der  
393 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen werden wir in klarerer und lebendigerer  
394 Sprache beschreiben und mit unseren Antworten zusammen kommunizieren. Unsere  
395 Konzepte müssen sich auf der Höhe der grundlegend veränderten weltpolitischen

396 Zusammenhänge befinden, der digitalen Revolution Rechnung tragen, unseren  
397 demokratischen und sozialen Zusammenhalt stärken und die ökologischen Grundlagen  
398 für unser Leben auf diesem Planeten sichern können. Dabei behalten wir immer den  
399 Menschen in seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik.

#### 400 **4. Die Bündnispartei für morgen - unsere Partei zukunftsfähig machen**

401 Eine treibende und gestaltende demokratische Opposition findet nicht nur im  
402 Bundestag und anderen politischen Gremien statt. Sie wird von der Partei als  
403 Ganzes getragen. Damit unsere gewachsene Partei diese Rolle ausfüllen kann, muss  
404 sie noch sichtbarer, partizipativer und demokratischer werden.

405 Wir haben oft aus Rückschlägen gelernt: Wir sind aus dem Bundestag geflogen und  
406 haben daraufhin unsere erste Regierungsbeteiligung errungen. Wir sind nach dem  
407 Ende der ersten Regierungsbeteiligung weiter gewachsen, sind in die  
408 Staatskanzlei in Baden-Württemberg und zahlreiche Landesregierungen und  
409 Rathäuser eingezogen. Wir haben dazu beigetragen, die Europäische Union mit dem  
410 Green Deal auf Klimakurs zu bringen. Wir sind immer wieder in zahlreiche  
411 europäische Regierungen und Parlamente eingezogen. Mit dem Rückenwind unserer  
412 Regierungsbeteiligung, eines erfolgreichen Wahlkampfes und den Zehntausenden  
413 neuer Mitgliedern haben wir erneut die Möglichkeit, stärker wieder  
414 zurückzukehren. Unsere Partei ist erfahrener, schlagkräftiger, digitaler und  
415 vernetzter als je zuvor. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um unseren Beitrag  
416 zur Stabilisierung unserer bedrohten Demokratie zu leisten und das Land als  
417 führende Kraft der linken Mitte zu gestalten. Dazu greifen wir auch auf die  
418 Erfahrungen aus dem Wahlkampf zurück und entwickeln erfolgreiche Formate in der  
419 Fläche weiter, zum Beispiel indem wir aufsuchende Konzepte wie Haustürbesuche  
420 auch zwischen den Wahlkämpfen nutzen.

421 Das bekräftigt einerseits klar, dass wir nicht für eine gesellschaftliche Nische  
422 stehen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, konstant mit  
423 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen von lokaler bis globaler Ebene, mit Kultur  
424 und Wissenschaft, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit den Kirchen,  
425 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nicht nur im Austausch zu sein,  
426 sondern gemeinsam Konzepte zu entwickeln, um Mehrheiten zu erringen. Deshalb  
427 gilt es, von den eigenen Standpunkten her Bündnisse zu schließen, aufeinander  
428 zuzugehen, und dafür zu sorgen, dass gesellschaftliche Bündnisse überhaupt noch  
429 möglich sind.

430

431 Wir werden uns als Partei nicht auf Hochburgen zurückdrängen lassen. Wir wollen  
432 überall stärker werden: an den Rändern der großen Städte und Ballungsräume, in  
433 mittleren Städten und im ländlichen Raum. Gerade hier braucht es Zugang zu  
434 Erfahrungswissen und Unterstützung, um handlungsfähig zu bleiben und Populismus  
435 mit Perspektiven begegnen zu können. Dafür braucht es den kontinuierlichen  
436 Austausch vor Ort ebenso wie Expert\*innenwissen von außen und gemeinsames,  
437 stetiges, auch kleinteiliges Engagement. Wir wollen die Perspektiven und  
438 Erfahrungen unserer aktiven grünen Mitglieder sammeln und Erfolgsrezepte  
439 innerparteilich bekannter machen. Dafür stärken und unterstützen wir den  
440 Austausch auf Bundesebene.

441 Wir wollen aus dieser Haltung unseren Anspruch als Bündnispartei neu definieren.  
 442 Dabei greifen wir nicht zuletzt auch auf die politische Traditionen des Bündnis  
 443 90 in Ostdeutschland und der Bürger\*innenbewegungen, die zur Gründung der Grünen  
 444 geführt haben, zurück. Wir erwarten nicht, dass der Staat alle Probleme löst,  
 445 noch gehen wir davon aus, dass der Markt es schon richten wird. Neben dem  
 446 demokratischen Staat und dem sozial-ökologischen Markt als definierende Kräfte  
 447 unserer Gesellschaft zählt für uns maßgeblich eine aktive  
 448 Bürger\*innengesellschaft. Wir haben dabei unsere Partei im Blick und darüber das  
 449 Land als Ganzes, denn unser Ziel muss es sein, den Einfluss antidemokratischer  
 450 Parteien und Kräfte zurückzudrängen. Drei Gedanken spielen dabei eine wichtige  
 451 Rolle:

452 1. Als Erstes gilt es eine Politik zu betreiben, die gesellschaftliche Bündnisse  
 453 sucht und ermöglicht. Der Angriff der Unionsparteien auf  
 454 Nichtregierungsorganisationen und Menschen, die sich gemeinsam engagieren,  
 455 bestärkt uns in unserer klaren Haltung, dass eine starke, unabhängige und breit  
 456 aufgestellte Zivilgesellschaft das beste Rückgrat für eine starke Demokratie ist  
 457 – eine Demokratie, in der Menschen zusammenfinden, sich Gehör verschaffen und  
 458 auf dieser Grundlage Bündnisse schmieden können. Deswegen stehen wir  
 459 unverrückbar an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft, der Wissenschaft  
 460 und Kultur, die unter Druck stehen. Wir brauchen sie neben den Unternehmen,  
 461 Religionsgemeinschaften, dem organisierten Sport und vielen anderen  
 462 Akteur\*innen, die gemeinsam unsere Demokratie ausmachen und die wir als  
 463 Partner\*innen verstehen. Wir wollen mit all diesen Partner\*innen das Gespräch  
 464 intensivieren und – wo nötig – verlorenes Vertrauen wieder aufbauen.

465 2. Als Zweites steht der Auftrag, mit einer hohen Glaubwürdigkeit in unseren  
 466 Kernthemen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Gleichstellung,  
 467 Freiheit, Bürger- und Menschenrechte ebenso wie Europa die Verbindung zu unserer  
 468 Stammwählerschaft zu stärken, uns gleichzeitig aber auch weiter zu öffnen und  
 469 besonders auf Menschen zuzugehen, die sich von uns bislang nicht oder nicht mehr  
 470 angesprochen oder inhaltlich vertreten fühlen. Wir wollen auch Menschen  
 471 überzeugen und für sie wählbar sein, die in einigen Punkten Widerspruch zu  
 472 unseren Vorstellungen haben. Wir stellen uns an die Seite derer, die vom  
 473 Erstarken der Rechtsextremen bedroht sind, vor allem migrantische Communities.  
 474 Ebenso stärken wir diejenigen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus einsetzen.  
 475 Die Stimmen und Perspektiven von Menschen mit Diskriminierungserfahrung sind  
 476 dabei richtungsweisend für unser Handeln. Wir werden Rassismus und  
 477 Diskriminierung entschieden entgegentreten und Menschenrechte in das Zentrum  
 478 unserer Politik stellen, denn Menschenrechte sind unteilbar.

479 Wir halten Kritik aus und stellen uns ihr – das unterscheidet uns von anderen.  
 480 Dazu wollen wir aber auch dezidiert dort sichtbar, hörbar und ansprechbar  
 481 werden, wo wir dies bislang noch nicht ausreichend sind – und wo uns anfangs  
 482 auch ein harter Wind der Ablehnung entgegenweht. Glaubwürdig wird dieser  
 483 Anspruch nur, wenn wir bereit sind, andere Perspektiven ernstzunehmen, zu  
 484 verstehen, warum uns Menschen kritisch sehen – und was wir tun müssen, um  
 485 Vertrauen zurückzugewinnen.

3. Als Drittes kommt dazu heute mehr denn je die europäische und internationale Dimension des Bündnisgedankens. Wir sind die Partei, die für ein Vereintes Europa eintritt und darüber hinaus für eine Weltordnung der Kooperation und des Rechts statt der Konfrontation und der Logik der Gewalt. Das spiegelt sich in unserer Politik wider: Es muss aber auch vermehrt Teil unserer Parteikultur werden. Denn wenn sich die antidemokratischen, isolationistischen Akteur\*innen international aufstellen, müssen wir dies um so mehr tun. Mit einem sehr europäisch orientierten Bundestagswahlkampf haben wir hier wichtige Schritte getan. Wir intensivieren jetzt unser Engagement für unsere Grüne europäische Parteienfamilie EGP, aber stärken auch jenseits davon unsere Verbindungen zu politischen und gesellschaftlichen Akteur\*innen in Europa und darüber hinaus. Auch in Europa kommt es darauf an, die unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten anzuerkennen und daraus Gemeinsamkeit zu entwickeln. In Berlin ist unser Anspruch die europäischste Opposition zu werden, die es bisher in deutschen Politik gab. Wenn die Bundesregierung in Brüssel die Stärkung Europas bremst oder den Green Deal rückabwickeln will, werden wir das in Berlin konsequent zum Thema machen. Gleiches gilt auch für die Schwächung der internationalen Zusammenarbeit.

Unser Selbstverständnis als Programm- und Bündnispartei bestimmt auch unsere Rolle in der Opposition. Einerseits werden wir vom Standpunkt unseres starken Programms klar machen, wo die Regierung zu kurz greift. Dafür werden wir auch in Bündnissen arbeiten, wenn es darum geht, Klimaschutz, Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit und die notwendigen Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Infrastruktur gegen die Regierung voranzubringen. Zugleich sind wir grundsätzlich dazu bereit, wo es sinnvoll ist, konstruktiv mit der Regierung und den demokratischen Parteien auf Landes-, Bundes- und Europaebene zusammenzuarbeiten.

## **5. Die wachsende Partei gemeinsam gestalten**

Wir wollen uns als gewachsene Mitgliederpartei in unseren Strukturen erneuern. Eine moderne Mitgliederpartei muss vielfältige Möglichkeiten für Engagement, Beteiligung und Mitbestimmung geben. Sie muss zugleich eine Plattform bieten, die Mitgliedern, aber auch Interessierten die Möglichkeit gibt, eigene Ideen und Formate einzubringen und umzusetzen. Ihre Verfahren müssen demokratisch und das heißt nicht zuletzt fair, transparent und zugänglich sein. Sie müssen den gewandelten gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Auch das gehört zur Verantwortung einer demokratischen Partei angesichts antidemokratischer Tendenzen: Dass sie jenseits der Parlamente und Regierungen präsent, ansprechbar und wirkungsvoll ist. Dass sie zugleich in der politischen Auseinandersetzung schlagkräftig und sichtbar ist.

Dafür brauchen wir starke, agile und handlungsfähige Gremien, vom Ortsverband über LAGen und BAGen bis hin zur Bundespartei als Teil der Grünen europäischen Parteienfamilie. Dazu gehört gerade auch der Ausbau der Koordination zwischen Bundesverband und Landesverbänden, um unsere Kräfte gemeinsam und zielgerichtet einzusetzen. Dafür brauchen wir zugleich Mitmach-, Gesprächs- und Kampagnenformate jenseits der Gremien – mit neuen, vielfach digitalen

531 Möglichkeiten der Beteiligung. Wir haben 160.000 Mitglieder – und ihre  
532 Unterstützung brauchen wir in Kampagnen, bei der Mobilisierung und in der  
533 Bündnisarbeit. Wir wollen eine Partei für Menschen in vielfältigen  
534 Lebenssituationen sein, und auch Beteiligungsangebote für diejenigen schaffen,  
535 die nicht über ausreichend Zeit und Ressourcen für Gremienarbeit verfügen.

536 Für die notwendigen Strukturreformen ernennt der Bundesvorstand eine  
537 Satzungskommission mit vielfältigen Vertreter\*innen aus unterschiedlichen  
538 Bereichen der Partei, die sowohl Mandatsträger\*innen, als auch ehrenamtliche  
539 Mitglieder unserer Partei umfasst. Sie soll Vorschläge erarbeiten, ob und welche  
540 Änderungen an der Satzung und den parteiinternen Verfahren notwendig sind, damit  
541 die Partei in ihrer Organisation, Beteiligung und Mitgliederpartizipation den  
542 gewachsenen Anforderungen und der gestiegenen Mitgliederzahl gerecht werden  
543 kann. Der Bundesvorstand soll hierzu gemeinsam mit der Satzungskommission  
544 Diskussionsformate für die Parteimitglieder organisieren. Bei der Besetzung der  
545 Kommission und der Arbeit dieser behalten wir stets das Vielfalts- und  
546 Frauenstatut im Blick und wirken auf die weitere Verankerung intersektional  
547 feministischer Werte und Praktiken hin. Denn feministische Prinzipien leiten  
548 nicht nur unsere Politik sondern auch unsere Organisation. Es gilt zudem, unsere  
549 Jugendorganisation, die Grüne Jugend, wieder stärker in die Partei zu  
550 integrieren und die Stimme der jungen Menschen in unserer Partei ernst zu  
551 nehmen.

552 Der Vorstand entwickelt zusätzlich mit der Initiative "Mitglieder treiben  
553 Innovation" strategisch Formate, Strukturen und Instrumente, um die Potenziale  
554 nutzen zu können, die unsere gewachsene Partei mit über 160.000 Mitgliedern,  
555 einer starken kommunalen Verankerung und wachsender Bedeutung in der  
556 gesellschaftlichen Debatte bietet.

557 Die Weiterentwicklung erfolgt entlang von drei zentralen Handlungsfeldern:

558 **1. Beteiligung & Dialog:** Wir wollen unsere Beteiligungsformate analog wie  
559 digital stärken und weiterentwickeln. Auch in einer großen Partei braucht es  
560 direkte Mitgestaltung, niedrigschwellige Zugänge und einen besseren Austausch  
561 zwischen Basis, Mandatsträger\*innen und Partei. Dafür schaffen wir Debattenräume  
562 jenseits der Parteitage – offen für alle Ebenen. So ermöglichen wir inhaltliche  
563 Diskussionen, stärken Beteiligung und fördern den lebendigen Austausch in der  
564 Partei.

565 **2. Kampagne & Kommunikation:** Wir verfügen über viele engagierte Mitglieder und  
566 professionelle Kampagnenarbeit. Um aktuellen Anforderungen gerecht zu werden,  
567 wollen wir die Kampagnenfähigkeit der Partei weiter stärken – auch jenseits  
568 klassischer Wahlkampfphasen. Dafür sollen neue Kommunikationsformate entstehen,  
569 die unsere Themen sichtbar machen und Mitglieder befähigen, selbst aktiv zu  
570 werden.

571 **3. Innovation & Initiative:** In der Partei existiert bereits eine hohe  
572 Innovationskraft. Diese wollen wir stärker sichtbar machen, bündeln und gezielt  
573 fördern. Digitale Tools, Plattformen, kreative Beteiligungsformate und konkrete

574 Projekte aus der Mitgliedschaft sollen identifiziert, weiterentwickelt und in  
575 die Parteiarbeit integriert werden.

576 Damit diese Strukturen zum Erfolg führen können, muss die Partei so vielfältig  
577 sein, wie das Land, das sie vertritt. Wir richten das Augenmerk auf zwei  
578 besondere Herausforderungen.

579 1. Vielfalt ist unsere Stärke – in der Partei wie in der Gesellschaft. Über die  
580 Hälfte unserer Gesellschaft ist weiblich. Ein Drittel der Menschen in  
581 Deutschland ist über 60, 28 Prozent der Menschen haben eine Behinderung und ein  
582 Drittel hat eine Migrationsgeschichte. Die Realität ist vielfältig – nach  
583 Herkunft, Ausbildung und Beruf, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher  
584 Identität, Lebensort, finanziellem Hintergrund oder Behinderung. Und doch sind  
585 Menschen, die nicht binär sind oder trans, in unserer Gesellschaft noch immer  
586 kaum sichtbar – und erfahren verstärkt Diskriminierung.

587 Unser Ziel ist es, dass sich diese Vielfalt gemäß ihrem Anteil an der  
588 Bevölkerung auch in unserer Partei und auf allen Ebenen widerspiegelt. Dafür  
589 packen wir es an, unsere Strukturen inklusiver zu gestalten und diskriminierende  
590 Hürden konsequent abzubauen, damit Mitgestaltung sichergestellt ist.  
591 Gleichberechtigte Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung sind Grundrechte – sie  
592 stehen niemals zur Debatte und dürfen nicht verletzt werden.

593 Unser Vielfaltsstatut zeigt: Wir sind die einzige Partei, die Vielfalt  
594 strukturell verankert hat – weil politische Teilhabe kein Zufall sein darf. Dank  
595 dieser Strukturen stellen wir heute die Fraktion mit dem höchsten Anteil an  
596 Abgeordneten mit Migrationsgeschichte. Doch das reicht uns nicht. Wir haben viel  
597 erreicht – und noch einiges vor uns, um die Repräsentation all jener zu  
598 erreichen, die in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt oder übersehen  
599 werden. Diese Verantwortung nehmen wir ernst. Denn eine gerechte, vielfältige  
600 Demokratie lebt davon, dass alle mitgestalten können. Wer Perspektiven ernst  
601 nimmt und aktiv einbindet, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
602 Inklusives Denken und Diversitätskompetenz gehören heute zu echter  
603 Führungsfähigkeit. Diese Kompetenz werden wir weiter stärken und gezielt  
604 fördern.

605 2. Ein nachhaltiges Wachstum grüner Politik hat im Osten größere Widerstände als  
606 in allen anderen Regionen und macht Bündnisgrüne Politik vor Ort schwierig.  
607 Gerade deswegen braucht es eine kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der  
608 aktiven Grünen in der Fläche durch Landes- und Bundesebene, eine Vernetzung  
609 grüner Akteur\*innen untereinander und in die Breite der Gesellschaft und eine  
610 klare gemeinsame Strategie, in der Themen in und für Ostdeutschland gebündelt  
611 sowie die Entwicklung und Unterstützung der Strukturen und die Verbesserung der  
612 Sichtbarkeit von Ostperspektiven in der politischen Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE  
613 GRÜNEN weiterentwickelt werden. Dazu wird der Bundesvorstand in Abstimmung mit  
614 Bundestagsfraktion, Ländern und Europa ab diesem Frühsommer die Präsenz vor Ort  
615 in ostdeutschen Kreisverbänden zu einem Schwerpunkt machen. Den Kreisverbänden  
616 werden dazu Veranstaltungspakete zur Verfügung gestellt, um sie bei der  
617 Vorbereitung zu entlasten. Wir entwickeln die "Ostrunde" der grünen  
618 Landesvorsitzenden und Abgeordneten zu einem permanenten Beratungsgremium

619 weiter, das regelmäßig mit dem Bundesvorstand, führenden ostdeutschen  
620 Politiker\*innen, lokalen Akteur\*innen und externen Expert\*innen  
621 zusammenarbeitet. Der Bundesvorstand bereitet bis Ende Juni mit den  
622 Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung  
623 der Bundesgeschäftsstelle ein Konzept vor, welche Unterstützung der  
624 Bundesverband bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen leisten  
625 kann.

626 Im Herbst 2025 veranstaltet der Bundesverband im Osten ein hybrides Event für  
627 die Gesamtpartei mit dem Schwerpunkt Osten. Aufbauend auf den Erfahrungen der  
628 letzten beiden Ostkongresse sollen Debatten und Vernetzung für Ostdeutschland  
629 gebündelt und mit diesem Event weitergeführt werden. Ziel ist u.a. die  
630 Ermutigung und Vernetzung grüner und grün-naher Akteur\*innen in und für  
631 Ostdeutschland. Jenseits von Ostalgie oder Folklore soll an einer  
632 wertschätzenden und realistischen Perspektive auf den Osten gearbeitet werden.  
633 Neben Workshops und Trainings für Mitglieder sollen Diskussionsformate zu den  
634 inhaltlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem gesellschaftlichen  
635 Zusammenhalt, der wirtschaftlichen Transformation und bestehender  
636 Ungerechtigkeiten im Mittelpunkt stehen. Der Ostkongress soll im Nachgang  
637 ausgewertet und wenn erfolgreich verstetigt werden.

638

639 Unser Ziel ist eine bessere Repräsentanz und Sichtbarkeit ostdeutscher  
640 Biografien. Dafür greifen wir auf die im Vielfaltsstatut verankerten Instrumente  
641 zur Stärkung von Mitgliedern durch Empowerment-Strategien und Förderprogramme  
642 zurück. Unser Ziel ist es, sie gezielt zu ermutigen und zu befähigen, im Osten  
643 als grüne Politiker\*innen sichtbar und wirksam zu werden.

644 Gemeinsam mit den Ost-Landesverbänden wird ein Konzept erstellt und zeitnah  
645 umgesetzt, um politischen Perspektiven aus strukturschwachen Regionen in  
646 sozialen Medien und die Präsenz ostdeutscher Themen in der Medienarbeit der  
647 Bundesgeschäftsstelle gezielt zu erhöhen. Wir bauen unsere Fähigkeiten und  
648 Instrumente aus, um eine vielfältige Öffentlichkeit jenseits einschlägiger  
649 grüner Blasen zu erreichen. Dem Einfluss antidemokratischer Kräfte werden wir  
650 eine konstruktive Politik mit verständlichen, alltagsnahen und wirksamen  
651 Alternativen entgegensetzen.

652 Die Fundraising-Abteilung der Bundesgeschäftsstelle wird 2025 weiterentwickelt,  
653 um die Eigenmittel der ostdeutschen Landesverbände gezielt auszubauen.

654

655 Die Vorschläge und Empfehlungen aller Gliederungsebenen und Akteur\*innen sollen  
656 gebündelt und in Bezug auf ihre politische Wirksamkeit und die nötigen  
657 Voraussetzungen untersetzt werden. Die Maßnahmen sollen mit den bestehenden  
658 Prozessen wie dem Strukturprozess und der Neuordnung der parteiinternen  
659 Finanzierungsstrukturen zusammengeführt werden. Die Wirkung der ergriffenen  
660 Maßnahmen bewerten wir, um Erfolgreiches zu verstetigen und weitere  
661 Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren.